

NIEDERSCHRIFT Nr.: 37/S

über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am **Mittwoch, 05.12.2018, um 18:12 Uhr**

37. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 18:12 Uhr

Sitzungsende: 18:33 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Staatsrat Siering

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Herr Ralf Behrend

Herr Robert Bücking

Herr Mustafa Güngör

Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)

Herr Andreas Kottisch

Herr Max Liess

Herr Nima Pirooznia

Herr Dr. Volker Redder

Herr Dieter Reinken

Herr Klaus-Rainer Rupp

Herr Heiko Strohmann für Frau Susanne Grobien

Von der Verwaltung

Herr Brunßen

Herr Cordßen

Herr Drücker

Frau Krumsee-Budde

Herr Dr. Kühling

Herr Peters

Herr Meyer

Herr Sengstake

Frau Stellmacher

Gäste

Frau Geber(WFB)

Herr Göbel (WFB)

Herr Howe (bremenports)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil. Die Beschlüsse der städtischen Deputation werden entsprechend auf die städtische Deputation übertragen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 36/S über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - öffentlicher Teil - vom 25.10.2018

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Zwischenberichte zum 30.09.2018**

Vorlage Nr. 19/624-L/S

Mit Verweis auf die zuvor verteilte Ergänzungsvorlage fragt **Abg. Kastendiek**, wie viele Hektar der Dispositionsreserve bereits für gewerbliche Verkäufe bzw. anderweitige Zwecke, wie etwa Wohnungsbau, reserviert seien. Des Weiteren bittet er, den Sachstand der Fläche der geplanten Borgward-Ansiedlung zu erläutern.

Herr Dr. Kühling antwortet, dass aufgrund der aktuellen Vermarktungssituation ein hoher Reservierungsstand herrsche. So seien circa 50 Hektar Gewerbeflächen, inklusive der Borgwardflächen, sowie circa weitere 5 Hektar für Wohnungsbau reserviert. Allerdings sei es unwahrscheinlich, dass alle Reservierungen auch wahrgenommen werden.

Herr Heyer ergänzt zum Sachstand „Borgward“, dass die Verabredung bestehe, dass bis Ende des Jahres eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich der Nutzung der Gewerbeflächen seitens der Firma vorgelegt werde.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt) nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2018 zur Kenntnis.

**TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land)
Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2018**

Vorlage Nr. 19/625-L/S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bestellt in ihrer Eigenschaft als

Sondervermögensausschuss die KPMG AG zur Abschlussprüferin des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen der Stadtgemeinde Bremen für das Wirtschaftsjahr 2018.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 4 Sonstiges Sondervermögen Hafen
Zwischenbericht zum 30.09.2018**

Vorlage Nr. 19/639-S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Hafen nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2018 zur Kenntnis.

**TOP 5 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt
Zwischenbericht zum 30.09.2018**

Vorlage Nr. 19/641-S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Überseestadt nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2018 zur Kenntnis.

An die Deputation zugleich als Sondervermögensausschuss

**TOP 6 "Integriertes Verkehrskonzept Überseestadt (IVK)"
Handlungskonzept und erste Maßnahmen**

Vorlage Nr. 19/539-S

Vorab wird eine, die Vorlage ergänzende Resolution der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN verteilt (siehe Anlage 3).

Abg. Bücking begrüßt die Vorlage und erwartet durch die vorgestellten Maßnahmen Verbesserungen der Verkehrssituation in und um die Überseestadt. Die koalitionäre Resolution mache das Anliegen der Koalition deutlich, auch die Opposition und Lokalpolitik in die weiteren Prozesse enger einzubinden. Zwar sei der Text – auch bewusst - abseits der üblichen Verwaltungsdiktion gefasst, doch halte er ihn für anschlussfähig an die Vorlage. Damit hoffe er auf eine breite Allianz aller Akteure in und um die Überseestadt – Anwohnerschaft, Beschäftigte, Investoren und weitere.

Des Weiteren schreibt er dem Großmarkt eine bedeutende Funktion als Plattform für kleine

und mittlere Betriebe mit einer Vielzahl von Arbeitsplätzen zu, auch unter logistischen Aspekten. Insofern sei der Großmarkt ein produktives Element für die Überseestadt, dem die Weiterentwicklung ermöglicht werden solle.

Abg. Reinken erläutert, aus dem Umfeld des Großmarktes eine allgemeine Unruhe hinsichtlich der verkehrlichen Vorstellungen und Perspektiven für die Überseestadt wahrgenommen zu haben. Vor diesem Hintergrund betont er nachdrücklich das nachhaltige Interesse der SPD nicht nur am Bestand des Großmarktes, sondern auch an einer zukunftsfähigen Entwicklung. Insofern stünden Veränderungen am Verkehrskonzept mit gravierenden Auswirkungen und Einschränkungen für den Großmarkt auf jeden Fall unter einem Vorbehalt. Er gehe davon aus, dass Entscheidungen hinsichtlich benötigter Grundstücke von Geschäftsführung und Aufsichtsrat des Großmarktes im Interesse der Weiterentwicklung des Großmarktes getroffen werden.

Er führt weiter aus, dass die Ausführungen zur Einrichtung einer weiteren Straßenbahnlinie in der Überseestadt ein Bekenntnis für eine deutlich verstärkte Erschließung der Überseestadt durch den ÖPNV sei; eine abschließende Entscheidung aber erst nach einer umfassenden Kosten-Nutzen-Rechnung getroffen werden könne.

Für den **Abg. Strohmann** setzt die koalitionär verabredete Resolution weitgehend falsche Akzente über die Ausführungen aus der Vorlage hinaus, so dass sie für seine Fraktion nicht zustimmungsfähig sei. Unabhängig von den verkehrsstrukturellen Problemen der Überseestadt wie etwa dem fehlenden Wesertunnel griffen die vorgestellten Maßnahmen häufig zu kurz, doch könne der Vorlage angesichts der insgesamt zu erwartenden Verbesserung zugestimmt werden. Allerdings widerspricht er den Ausführungen des Abg. Reinken zum ÖPNV, denn das IVK würde den ÖPNV nicht ausreichend stärken, da die Bus-Anbindung weiterhin durch den Stau belastet sein werde, sodass der individuelle Kfz-Verkehr weiter zunehmen werde.

Dep. Dr. Redder erkennt an, dass das IVK insgesamt viele gute Ideen und Maßnahmen beinhaltet, doch vermisse er einen großen Wurf wie etwa eine weitere Brücke über die Weser mit einem Anaschluss an die A281; insofern enthalte sich seine Fraktion.

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** gibt **Abg. Bücking** zu verstehen, dass das Koalitionspapier als eigenständige Ergänzung zur Vorlage verstanden werden solle.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die beigefügte Senatsvorlage einschließlich des Endberichts mit Anlagen zum Integrierten Verkehrskonzept Überseestadt zur Kenntnis und stimmt dem unter B. der als Anlage beigefügten Senatsvorlage vorgeschlagenen Handlungskonzept mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehen zu.

2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die geplanten Sofortmaßnahmen unter B. der Senatsvorlage zur Kenntnis und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die weitergehende Umsetzung bzw. Planungen einzuleiten.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Überseestadt der Durchführung der unter D. der Senatsvorlage aufgeführten verkehrlichen Maßnahmen mit einem Kostenvolumen von insgesamt 5.232 TSD. EUR aus Eigenmitteln des Sonstigen Sondervermögens Überseestadt zu.
4. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Überseestadt der Finanzierung der unter D. der Senatsvorlage aufgezeigten Personalkosten für die Projektsteuerung und Planungsbegleitung in Höhe von rd. 248 TSD. EUR p.a. aus Eigenmitteln des Sonstigen Sondervermögens Überseestadt zu.
5. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bestätigt die als Anlage 7 der Senatsvorlage beigefügte Darstellung nach Art. 131 a BremLV.
6. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen befürwortet eine Bewerbung im Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ zur Planung und Realisierung einer Brücke über den Europahafen sowie zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie für einen Sprung über die Weser.
7. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt zur Kenntnis, dass bei Auswahl für die 2. Phase der Antragstellung als „Nationales Projekt des Städtebaus“ im Sommer ein Beschluss über die Kofinanzierung des beantragten Projektes herbeizuführen ist.
8. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt zu Ziffer 7 gegen die Stimme, im Übrigen bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion der FDP.

Der Entwurf der Resolution der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktion der CDU sowie bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion der FDP angenommen.

TOP 7 Sondervermögen Hafen

Ersatzneubau der Kaje 66 in Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/640-S

Abg. Kastendiek bittet hinsichtlich des in der Vorlage genannten Schadenfalls durch eine Schiffskollision an der Kaje 66 um nähere Erläuterungen, insbesondere hinsichtlich etwaiger geleisteter Versicherungsleistungen.

Herr Howe erklärt, es handele sich um eine Schiffskollision aus März 2017, zu der die Versicherung eine Versicherungsleistung avisiert hatte, der bremenports jedoch nicht zugestimmt habe, sodass die Versicherungsleistung angesichts der ausstehenden juristischen Auseinandersetzung nicht abschätzbar sei.

Abg. Rupp bittet abzuschätzen, ob und in welchem Umfang nach Columbuskaje, Nordmole und diesem Vorhaben weitere Kaje- oder Hafenuferwerke eine Sanierung oder erhebliche Sicherungsmaßnahmen bedürfen. Vor dem Hintergrund der Haushaltslage ab 2020 dürften gegebenenfalls erforderliche Investitionsmittel nicht ohne weiteres einzuwerben sein, insofern hoffe er auf entsprechende Hinweise auf Basis einer altersmäßigen Schätzung. **Herr Howe** erwidert, dass dazu keine seriösen Aussagen getroffen werden könnten. Die Kaje 66 etwa sei theoretisch nicht als Sanierungsfall zu erwarten gewesen, doch hätten die Vorschädigungen durch den Schadensfall und auch die seinerzeitige nachlässige Bauweise zu einem akuten Handlungsbedarf geführt. Dagegen gebe es ältere Bauwerke, die mit einer nachhaltigeren Standfestigkeit ausgerüstet seien. Bremenports versuche, insbesondere bei verringertem Druck durch Tide und verringerten Schiffsanläufen, mittels einer erhöhten Inspektionsfrequenz frühzeitige Hinweise auf Investitions- bzw. Sanierungsbedarfe einzuholen.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Sondervermögensausschuss für das Sondervermögen Hafen nimmt den Bericht zum Zustand der Kaje 66 in Bremerhaven und die Notwendigkeit zur Wiederherstellung einer standsicheren Ufer-einfassung zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Sondervermögensausschuss für das Sondervermögen Hafen stimmt dem Ersatzneubau der Kaje 66 mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 17,70 Mio. € zu.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, über die Senatorin für Finanzen die haushaltsrechtliche Absicherung der Maßnahme durch Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses herbeizuführen.
4. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet die Senatorin für

Finanzen, nach Bestätigung der Kosten (durch eine Kostenberechnung im Rahmen der EW-Bau) die Freigabe der Baumittel durch Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses zu veranlassen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation

TOP 8 Produktgruppencontrolling

hier: Controllingbericht Januar bis September 2018

Vorlage Nr. 19/628-L/S

Vorab wird eine Austauschseite verteilt.

Frau Wessel-Niepel merkt dazu an, dass ein technischer Fehler bei der Datenverarbeitung über SAP zu einer ursprünglich fehlerhaften Darstellung geführt habe.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis September 2018 zur Kenntnis.

TOP 9 Ausgleich von Personalmehrausgaben in den Produktplänen 31, 71 und 81

Vorlage Nr. 19/629-L/S

Abg. Kastendiek schlägt vor, den TOP aufgrund des bestehenden Zusammenhangs gemeinsam mit dem TOP 8 zu beraten und zu beschließen.

Abg. Rupp vermisst wie schon in vorhergehenden Beratungen dieses Themenkomplexes eine konkrete Bedarfsermittlung, da die dargestellte Zahl der Mitarbeiter, insbesondere im Hafensbereich zu gering erscheine. Er fragt, ob es Ansätze gebe, wie viele Jahre im Bereich Häfen benötigt würden, um das Personalkonzept umzusetzen.

Dep. Dr. Redder schließt sich den Äußerungen des **Abg. Rupp** an. Er merkt zudem an, dass mit dem Übergang von WFB-Mitarbeitern ein finanzielles Nullsummenspiel erwartet worden sei. Dies sei jedoch nicht eingetreten. Überdies sei bei den betroffenen Mitarbeitern, die vermehrt Ressortaufgaben bei weniger Zeit für konkrete Förderaufgaben leisten, eine Überlastungssituation entstanden. Dieser Zustand führe in eine falsche Richtung, weshalb die FDP der Vorlage nicht zustimmen werde.

Abg. Kastendiek erinnert, dass die Personalmehrausgaben seit mehreren Jahren ein Thema darstellen würden. Er habe mit der letzten Haushaltsaufstellung einen entsprechenden Ausgleich erwartet, sodass der Anschlag des Personalhaushaltes auch den benötigten Mitteln entsprechen würde. Es sei jedoch immer noch keine

lösungsorientierte Perspektive für die Probleme, unabhängig von den organisatorischen Umstrukturierungen erkennbar. Er erwartet nachdrücklich, dass die Senatorin für Finanzen und der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ein tragfähiges Personalkonzept aufstellten, welches auch den Grundsätzen von Haushaltswahrheit und -klarheit entsprechen würde.

Staatsrat Siering entgegnet in Richtung des **Dep. Dr. Redder**, dass die Mitarbeiter des Ressorts jederzeit für den Bereich Wirtschaft ansprechbar seien und sich hochmotiviert für die Belange der Wirtschaft einsetzten. Er führt weiter aus, dass zur Wahrheit gehöre, dass das Ressort eine Reihe zusätzlicher Aufgaben übernommen habe. Um die Zumutungen für die Mitarbeiter im Rahmen des Erträglichen zu halten, befinde sich das Ressort laufend in Gesprächen mit der Senatorin für Finanzen. Im Übrigen sei eine exakte Personalplanung bis auf die letzte Stelle kaum möglich, weshalb auch die Schwankungen zu erklären seien.

Abg. Reinken teilt die Einschätzung des **Abg. Kastendiek**, das die aktuelle Situation als unbefriedigend zu bezeichnen sei. Er halte es aber auch für die Aufgabe des Haushaltsgesetzgebers, erforderliche Korrekturen nachzuvollziehen. Jedenfalls sehe er keine Alternative zum Beschluss der Vorlage. Insbesondere die Situation im Hafensbereich sei unhaltbar. Dies müsse in ein richtiges Verhältnis gesetzt werden. Er führt weiter aus, dass sich zentrale Kernaufgaben einer Sollplanung entzögen und die Vorlage insofern zur Klarheit beitragen würde.

Herr Wiebe erklärt, dass die Situation auch für das Ressort unbefriedigend sei. Gleichwohl sei der Personalüberhang für 2018 im Vergleich zu den Vorjahren 2016 und 2017 deutlich reduziert worden. Damit sei vermutlich die untere Grenze des Personalbestandes erreicht, um die Aufgaben des Ressorts zu erfüllen. Die Personalzielzahl sei kaum ausreichend und könne aufgrund des beschlossenen Haushaltes allerdings nicht geändert werden. Insgesamt sei der Konsolidierung des Haushaltes in den vergangenen Jahren eine wichtige Bedeutung zugekommen, die auch vom Ressort verfolgt wurde. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es nicht um einen Personalaufbau beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen gehe, sondern lediglich der vorgegebene Umfang an Personaleinsparungen nicht vollständig erreicht werden konnte. Er gehe zudem davon aus, dass der Akzent nunmehr in Richtung einer aufgabengerechten Personalplanung gehen müsse. Hierzu würden aktuell in den Bereichen Innovation und Arbeit mit Unterstützung der KGSt bereits erste Ansätze verfolgt. In Richtung des **Dep. Dr. Redder** stellt er heraus, dass in der neuen Innovationsabteilung auch die bisherigen Ressortmitarbeiter eingesetzt würden, die schon zuvor Verwaltungsaufgaben wahrgenommen hätten und fortan im Gegenzug auch stärker operativ arbeiten würden.

Abg. Rupp fragt, ob es eine Methode der Personalbedarfsschätzung gebe und ob

aufgrund zu erwartender Personalabgänge eine Netto-Personalbedarfsplanung für die kommenden 10 Jahre bestehe. Abschließend befürchtet er, dass der noch vorhandene Erfahrungsschatz im Ressort zunehmend und schneller schwinde.

Herr Wiebe entgegnet, dass altersbedingte Personalabgänge durchaus abzuschätzen seien. Anderweitige Wechsel wie z.B. Versetzungen oder Elternzeit/Beurlaubungen seien für eine Planung hingegen schwer zu berücksichtigen. Eine standardisierte Personalbedarfsermittlung sei zudem nicht vorhanden, da diese bei ministeriellen Aufgaben nicht, wie vergleichsweise bei standardisierter Fallbearbeitung, möglich sei.

Dep. Dr. Redder fragt, ob aus dem Übergang der Mitarbeiter der WFB zum Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen langfristige Synergieeffekte entstehen würden.

Herr Wiebe erläutert, dass die Mitarbeiter der WFB zum Teil aus Projektmitteln finanziert würden, sodass es immer wieder in einer Übergangsphase zwischen drittmittelfinanzierten Projekten zu Mehrkosten kommen könne, unabhängig davon, ob die Mitarbeiter bei der WFB oder im Ressort arbeiten würden.

Abg. Kastendiek erkundigt sich nach den dargelegten Problemen bei der Aufgabenerledigung in der Abteilung Markt- und Gewerbeangelegenheiten und hinterfragt die ausreichende Personalausstattung.

Dem schließt sich der **Abg. Rupp** hinsichtlich der Hafengelegenheiten an.

Herr Wiebe stellt dazu fest, dass aufgrund der vorgenommenen Prioritätensetzung alle wichtigen Aufgaben erledigt werden können, auch wenn dies in Einzelfällen durchaus problematisch sei.

Abg. Schäfer weist darauf hin, dass der Krankenstand des Ressorts, ähnlich dem der bremischen öffentlichen Verwaltung, drei bis viermal so hoch sei wie der Bundesdurchschnitt und fragt, ob auch dieser Zustand zu einer Überlastung führen würde.

Herr Wiebe bestätigt, dass der Krankenstand des Ressorts außerordentlich hoch sei, dies jedoch nicht auf eine unzureichende Personalausstattung zurückgeführt werden könne. Vielmehr gebe es vielfältige Ursachen für den Krankenstand.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben in Höhe von insgesamt 610 Tsd. Euro durch folgende Einsparungen zu:

- 440 Tsd. € aus Minderausgaben der Haushaltsstelle 0709/892 10-0 „Innovationsförderung Schiffbau“
- 145 Tsd. Euro aus Mehreinnahmen der Haushaltsstelle 3854/111 45-0 „Einnahmen

aus dem Hafenslotsdienst (Versorgungsbeiträge)“

- 25 Tsd. € aus Minderausgaben der Haushaltsstelle 0331/681 10-5

„Entschädigungen nach dem OEG“

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und FDP.

TOP 10 Umsetzung des Personalkonzepts des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Berichtsbitte des Haushalts- und Finanzausschusses)

Vorlage Nr. 19/648-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht über die Umsetzung des Personalkonzepts des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss der Bremischen Bürgerschaft weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und FDP.

TOP 11 Beteiligungsbericht über das 1. bis 3. Quartal 2018

Vorlage Nr. 19/630-L/S

Der **Abg. Rupp** stellt heraus, dass sich die Finanzierung der WFB noch nicht geändert habe und weiterhin über Flächenverkäufe abgesichert sei. In Bezug auf die Flughafen Bremen GmbH äußert er Bedenken, dass die anstehenden Investitionsmaßnahmen, die bereits im Controllingausschuss angekündigt worden seien, in Eigenverantwortlichkeit von der GmbH zu finanzieren seien.

Abg. Kastendiek bittet, die Ergebnisse der Beschlussfassung des Controllingausschusses hinsichtlich der Ergebnisse des Aufsichtsrates der Flughafen Bremen GmbH in Berichtsform der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorzulegen.

Darüber hinaus merkt er an, dass es zu Mehrausgaben beim Projekt „EcoMaT“ gekommen sei, die durch Rücklagen der WFB finanziert worden seien und hinterfragt, woraus sich die Rücklagen gebildet haben.

Herr Göbel erklärt, dass diesbezüglich zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben zu unterscheiden sei und daher auch ausreichend finanzielle Mittel vorhanden seien. Ab dem Jahr 2020 müsse die Finanzierung der WFB jedoch verstärkt durch den Haushalt erfolgen.

Abg. Kastendiek fragt ergänzend, woraus und für welchen Zeitraum die Liquidität der

WFB für das Projekt „EcoMaT“ entstanden sei.

Herr Göbel erläutert, dass die Gesellschaft so plane, dass zu keinem Zeitpunkt ein negatives Eigenkapital zustande komme. Es bestehe das Ziel, die anderweitig generierten Mittel zurückzuzahlen. Ein konkreter Zeitraum könne jedoch nicht genannt werden.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. bis 3. Quartal 2018 zur Kenntnis.

TOP 12 Neuausrichtung der Controllingberichterstattung

Vorlage Nr. 19/579-L/S

Auf Bitte des **Abg. Kastendiek** führt **Frau Bullenkamp** in die Vorlage ein. Sie erläutert, dass die bisherigen halbjährlichen Controllingberichte aufgrund ihrer unterschiedlichen Gesellschaftsaufgaben keine einheitliche Darstellungsform sowie Informationen besitzen und daher Anstoß für die Neuausrichtung der Controllingberichterstattung gegeben hätten. Die installierte, abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe habe in der Auseinandersetzung mit dem bisherigen Berichtswesen (halbjährliche Controllingberichte und Managementreporte) herausgefunden, dass im Ergebnis die Managementreporte eine wesentliche unterjährige Informationsgrundlage der Gesellschaften darstellen. Daher werde ein unterjähriger Plan-Ist-Vergleich der Gesellschaften über den Managementreport vorgelegt. Ein weiteres Instrument stelle künftig der Jahrestätigkeitsbericht dar. Dieser solle in einem einheitlichen Format immer zu Beginn des darauffolgenden Jahres vorgelegt werden und beinhalte die drei Bereiche „Allgemeine Angaben“, „Wirkungsbilanz“ und „Leistungsbilanz“ sowie Anlagen für die Darstellung der Projekte. Die Wirkungs- und Leistungsbilanz solle künftig eine Zeitspanne von 5 Jahren beinhalten, indem 3 vergangene Jahre sowie 2 Jahre der Zukunft betrachtet würden. Ferner solle die Einschätzung der Geschäftsführung für einen Ausblick über die Chancen und Risiken der Gesellschaft im Jahrestätigkeitsbericht mit einfließen. Weiterhin gebe es die Absicht, die Gesellschaften M3B und BAB beim Jahrestätigkeitsbericht mit aufzunehmen. Insgesamt erwarte sie eine größere Flexibilität im Berichtswesen bei einer wirkungsrelevanten Steuerung.

Abg. Kastendiek fragt, wie die unterjährige Berichterstattung ausgestaltet werden solle.

Abg. Rupp ist der Meinung, dass eine unterjährige Berichterstattung zur Kontrolle unerlässlich sei und dies die Möglichkeit des Eingreifens biete. Er empfiehlt eine Probephase für die Neuausrichtung zu vereinbaren, um einen Vergleich zu schaffen, gibt jedoch zu bedenken, dass die unterjährige Berichterstattung bestehen bleiben müsse. Dies

sei anhand der Managementreports nicht ersichtlich.

Staatsrat Siering ergänzt, dass die Umstrukturierung der Gesellschaften zu der Neuausrichtung der Controllingberichterstattung geführt habe. So habe die WFB den Messebereich verloren, während mit der M3B eine neue und noch nicht im Berichtswesen enthaltene Gesellschaft hervorgetreten sei. In diesem Zuge habe es die Überlegungen gegeben, eine möglichst übersichtliche Darstellungsform zu wählen. Die Managementreports sollen dabei weiterhin die Entwicklung der Unternehmen aufzeigen und wie bisher in unterjährigen Zeitabschnitten erfolgen. Der Jahrestätigkeitsbericht trete dann als Ergänzung auf, um einen Jahresüberblick zu verschaffen. Demnach werde ein Mehr an Informationen bereitgestellt.

Abg. Kastendiek verdeutlicht, dass er die unterjährige Berichterstattung für äußerst wichtig halte und äußert Zweifel an der Neuausrichtung der Berichterstattung.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Berichterstattung durch einen Jahrestätigkeitsbericht der WFB, der FBG, der BIS, der M3B und der BAB zu. Die Jahrestätigkeitsberichte werden den Deputationen im ersten Quartal des Folgejahres zusammen mit dem MMR für das 1. bis 4. Quartal vorgelegt, erstmals zu Beginn des Jahres 2019.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass die bisherigen Controllingberichte für diese Gesellschaften entfallen.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass der Managementreport der BIS zukünftig nachrichtlich zusammen mit den Managementreports der Gesellschaften des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgelegt wird.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und DIE LINKE.

TOP 13 City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen

Bericht 2018

Vorlage Nr. 19/636-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Jahresbericht zum City-und Stadtteilmarketing und -management in Bremen für 2018 zur Kenntnis.

TOP 14 Neufassung der Richtlinien zum Ankauf und zur Vermarktung von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Vorlage Nr. 19/653-L/S

Dep. Dr. Redder begründet seine Ablehnung mit der unverhältnismäßig prominenten Berücksichtigung von Erbbaugrundstücken und der unverständlichen Streichung einer Grundstücksvergabe unter Marktwert.

Abg. Kastendiek äußert sich ähnlich wie **Dep. Dr. Redder** und fügt hinzu, dass eine dauerhaft erfolgreiche Grundstücksvergabe auf Erbpachtbasis auch an den Banken scheitern dürfte, da diesen die Sicherheiten eines Grundstückseigentümers fehlen würden. Immerhin enthalte die neue Richtlinie einige Klarstellungen und sichere weiterhin die Grundstücksvergabe im Sinn einer möglichst großen Wertschöpfung für Bremen ab.

Staatsrat Siering bemerkt zum Erbbaurecht, dass dieses mit angemessenen Erbbauzins von durchaus ein attraktives Instrument darstellen könne; er sehe bei Zahlungszielen von 30-35 Jahren für Hypothekendarlehen auch keine Finanzierungsprobleme durch die Banken.

Abg. Kastendiek bemerkt, dass er kürzlich einen interessanten Ansatz zur Wertermittlung eines Grundstücks gesehen habe. Dabei sei der Gutachterausschuss für die Ermittlung der Grundstückswerte unbeachtet geblieben und der Grundstückswert an der potenziellen Nutzung bemessen worden. Es stelle sich die Frage, ob dies mit einer Partizipationsmöglichkeit für die Stadt ein dauerhaftes Verfahren sein könne.

Abg. Bücking erläutert, dass diese Frage schon häufiger in der Baudeputation aufgekommen sei, doch habe diese Frage nichts mit der Richtlinie zu tun. Zudem bestehe der Gutachterausschuss darauf, in seiner Wertermittlung immer die vorgesehene Ausnutzung des Grundstücks in seiner Wertermittlung berücksichtigt zu haben. Er verstehe die Vorlage als einen Zwischenstand, dem noch eine abschließende und konsistente Weiterentwicklung der städtischen Bodenpolitik folgen müsse. Der Erbbauzins werde voraussichtlich in Kürze neu organisiert werden.

Abg. Rupp sieht die Richtlinie als noch nicht zustimmungsfähig an. Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass es inzwischen eher ein Konzept zur Erhaltung des alten Wohnungsbestandes denn für Neubauten brauche.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Senatsvorlage zur Neufassung der Richtlinien zum Ankauf und zur Vermarktung von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.
2. Die städtischen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Neufassung

der Richtlinien zum Ankauf und zur Vermarktung von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation zugleich als Sondervermögensausschuss

TOP 15 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen

Bremer Industrie-Park

Erschließung der 5. Baustufe - Mehrkosten

Vorlage Nr. 19/642-L/S

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Finanzierung der Mehrkosten von 995.000 € bei den Straßenbau-, Kanal- und Gewässerbaumaßnahmen gemäß beigefügter Senatsvorlage zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen zu, dass die Finanzierung eines Teilbetrages von 99.500 € aus Eigenmitteln des Sondervermögens Gewerbeflächen erfolgt.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 16 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen **EFRE-Mittel** aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation ⁴⁾	48.140.858	50.997.240	11.009.271
Achse 2 - KMU	13.012.593	7.956.750	7.064.222
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.268.902	4.494.272
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	12.287.100	8.309.625
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	3.773.734
Programm insgesamt	96.840.070	79.630.846	34.651.124

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro).
Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).

³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.

⁴⁾ Durch die letzten Beschlüsse (lfd. Nr. 34-36) ist in Achse 1 bereits eine Überbuchung der aktuell verfügbaren Mittel zu verzeichnen. Überbuchungen sind grundsätzlich hilfreich und auch anzustreben, soweit finanziell darstellbar. Die folgenden Faktoren werden dazu beitragen, die vollständige Abrechnung der Projekte im EFRE-Kontext sicherzustellen: Es können im Rahmen der Abrechnungen der Projekte Mittel aufgrund von Minderbedarfen frei werden. Durch die in 2019 vorzunehmende Zuteilung der sog. Leistungsgebunden Reserve wird sich das verfügbare Programmvolumen erhöhen. Soweit notwendig, ist auch eine Mittelbereitstellung durch eine spätere Programmänderung mit Umschichtung von Mitteln zugunsten von Achse 1 möglich.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
1	Wirtschaftsdeputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	138.976
2	Wirtschaftsdeputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	109.550
3	Wirtschaftsdeputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/ innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-17	623.000	0
4	Wirtschaftsdeputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-17	465.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
5	Wirtschafts- deputation HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-21	1.800.000	0
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-20	6.000.000	0
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-18	950.000	929.665
8	Wirtschafts- deputation HaFA	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016-17	915.000	1.511.141
9	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße (inkl. vorgeschalteter Konzeptstudien Fischereihafen)	3	2016-17	518.902	446.160
10	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016-17	280.000	416.038
11	Wirtschafts- deputation HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	552.452
12	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	5.989.608
13	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	3.393.399
14	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	3.773.734
15	Wirtschafts- deputation HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	5.450.175 4.264.213 4.048.113
16	Wirtschafts- deputation HaFA	07.09.2016 16.09.2016 19.09.2018 21.09.2018	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven (inkl. Mehrkosten-Beschluss 2018)	4	2016-20	2.570.000	830.825
17	Wirtschafts- deputation HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	378.591

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
18	Wirtschafts- deputation HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	245.804
19	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Forschungs- und Verwaltungsgebäude für das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	1	2017-20	4.400.000	0
20	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)	1	2017-20	1.644.740	0
21	Wissenschafts- ausschuss HaFA	17.05.2017 09.06.2017	Aufbau einer Forschergruppe „Hochleistungselektronik für Windenergieanlagen“	1	2017-21	752.500	304.988
22	Wirtschafts- deputation HaFA	27.09.2017 03.11.2017	City- und Stadtteilmarketing und -management (Finanzierung 2018 und 2019)	4	2018-19	280.000	132.397
23	Wirtschafts- deputation HaFA	15.11.2017 01.06.2018	Ein zukunftsfähiges Gründungsangebot - aus BEGIN wird das START Haus	2	2018-19	1.500.000	1.288.868
24	Wirtschafts- deputation HaFA	13.12.2017 26.01.2018	Virtual Product House im EcoMaT: Startprojekt Multifunktionale äußere Steuerungsfläche	1	2018-21	1.220.000	0
25	Wissenschafts- ausschuss HaFA	11.04.2018 20.04.2018	Aufbau einer durchgängigen Prozesskette für das additive Manufacturing von hochbeanspruchten metallischen Bauteilen (IWT - ProAM)	1	2018-20	850.000	0
26	Senat Wirtschafts- deputation HaFA	08.05.2018 13.06.2018 29.06.2018	ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start- up Inkubators für die Raumfahrt in Bremen	1	2018-21	1.075.000	0
27	Wirtschafts- deputation HaFA	13.06.2018 29.06.2018	Quartiersmeisterei Lehe in Bremerhaven	4	2015-20	762.250	446.428
28	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung der angewandten Umweltforschung (AUF)	1	2016-21	2.100.000	0
29	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung anwendungsnahe Umwelttechniken (PFAU)	1	2016-21	4.000.000	0
30	Umweltdeputation HaFA	14.06.2018 15.06.2018	"Drehscheibe Gröpelingen" Neubau einer Umsteiganlage	4	2018-22	1.250.000	0
31	Wirtschafts- deputation HaFA	19.09.2018 21.09.2018	Projektförderung für die Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG) GmbH in 2018 bis 2020	2	2018-20	503.750	0
32	Bau und Umwelt Deputation HaFA	01.11.2018	Naherholungspark Bremer Westen - Rundweg In den Wischen	4	2018-19	500.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
33	Bau und Umwelt / Kinder und Bildung Deputation HaFA	01.11.2018 02.11.2018	Neubau der Oberschule und Gestaltung des Campus Ohlenhof - Neubau Sporthalle	4	2019-20	1.750.000	0
34	Wirtschafts- deputation HaFA	05.12.2018	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI), Phase B	1	2019-21 ⁴⁾	4.250.000	0
35	Wirtschafts- deputation HaFA	05.12.2018	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo), Phase B	1	2019-21 ⁴⁾	4.735.000	0
36	Wirtschafts- deputation HaFA	05.12.2018	FuE-Infrastruktur für additive Fertigung im EcoMaT	1	2019-20 ⁴⁾	450.000	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 05.12.2018)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 25.10.2018)
30.	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
40.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	24.04.2019
43.	Ausschöpfung der Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp	20.02.2019
45.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	
47.	Nutzung von BIM-Software in bremischen Einrichtungen und Gesellschaften – Sachstand	25.10.2018	Abg. Kastendiek	

Beschluss

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Vorspann

Die Diskussion über die Verkehrsverhältnisse in der Überseestadt und die von den Gutachtern vorgeschlagenen Maßnahmen haben einige neue Einsichten hervorgebracht. Insbesondere die Bürgerinnen und Bürger aus dem Waller Wied und der Beirat Walle drängen auf Korrekturen. Im Zentrum der Kritik stand die Maßnahme S8 – Durchstich Hafenstraße / Nordstraße, östlich vom Waller Wied. Auf diese Maßnahme soll verzichtet werden. Es ist also notwendig nach praktikablen Maßnahmen zu suchen, die die Abwicklung der anwachsenden Verkehre auf andere Weise möglich machen.

I. Verbesserung des zufließenden und abfließenden Verkehrs über das Hansator

Der Straßenzug Hansator – Hansestraße- Autobahnzubringer zur A 27 muss einen großen Teil des zu- und abfließenden Verkehrs der Überseestadt aufnehmen. Seine Leistungsfähigkeit ist daher von großer Bedeutung.

Das Ressort lässt zurzeit die Ampelschaltungen optimieren.

Darüber hinaus ist zu prüfen ob und wie die unteren Spuren beim Zubringer / Fly Over einen größeren Beitrag zur Abwicklung der Verkehre zur und von der Autobahn übernehmen können. (Das hier Reserven sind konnte man während der letzten Sperrung des Fly Overs beobachten)

Schließlich ist zu prüfen unter welchen Bedingungen auf den Linksausbieger aus dem Hansator in die Nordstraße verzichtet werden kann. Und ob die erhofften Effekte sich auf diesem Weg erreichen lassen.

II. Faire und sinnvolle Verteilung des Verkehrs an den in die Nordstraße einmündenden Straßen.

Wenn auf den Durchstich Hafenstraße - Nordstraße (S8) verzichtet wird, muss der Verkehr zwischen den LLOYD Str., dem Hansator, dem Überseetor und der Emdener Straße verteilt werden. DH es ist damit zu rechnen, dass in jeder dieser Straßen der Verkehr zunimmt.

Am Knoten Überseetor muss ein Linksausbieger geschaffen werden um einen Teil des zusätzlichen Verkehrs abwickeln zu können. Mit der Vorbereitung dieser Baumaßnahme ist umgehend zu beginnen. Danach ist auf der Grundlage der Erfahrungen mit der Wirkung aller Maßnahmen zu prüfen, ob nach Fertigstellung der Weserquerung auch ein Linkseinbieger an diesem Knoten erforderlich ist.

Durch den Wegzug von Green Yard aus dem Nordwestlichen Teil des Großmarktgeländes entsteht die Möglichkeit die Erschließung des Großmarktes von der Marcuskaje an die Eduard Suhling Straße zu verlegen. Das erlaubt es einen großen Teil des LKW Verkehrs mit Quelle und Ziel in der Überseestadt auf dem Straßenzug Eduard Suhling Straße - Cuxhavenerstraße - Emdenerstraße abzuwickeln ohne dass andere Bereiche der Überseestadt in Mitleidenschaft gezogen werden. Es ist umgehend eine Machbarkeitsstudie zu veranlassen, die die Rahmenbedingungen dieser Maßnahme klärt.

III. ÖPNV

Die Deputation spricht sich dafür aus, in der Überseestadt in den ÖPNV zu investieren und eine Straßenbahn bis zum Waller Sand am Wendebecken zu bauen. Diese Maßnahme darf nicht in eine ferne Zukunft vertagt werden.

Es ist umgehend die Lage der optimalen Trasse für die Straßenbahn durch eine vergleichende Varianten Prüfung zu klären.

Es ist zu untersuchen, ob es möglich ist durch eine Verknüpfung mit anderen Projekten des Schienennetzausbaus eine Förderung aus GVFG Mitteln zu erreichen. Es ist ein Fahrplan zu erstellen in dem die einzelnen Schritte für die Realisierung dieses Projekts beschrieben sind.

Nach dem Wegfall der Güterbahnnutzung der Straßenbahntrasse der Linie 3 in der Überseestadt ist darzulegen, welche Maßnahmen erforderlich sind um die gemeinsame Nutzung dieser Trasse von Straßenbahn und Bussen zu ermöglichen.

IV. Brücken / Fähren / Verbindungen

Zu prüfen ist eine Verbesserung der Anbindung der Überssestadt für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen.

Im Fokus muss dabei insbesondere die Schaffung einer Verbindung zwischen dem westlichen Teil der Überseestadt und der Waterfront in Gröpelingen stehen. Für das Wendebecken empfehlen die Gutachter einen Fährverkehr zwischen dem Waterfront-Gelände und der Überseestadt.

Zudem soll eine Verbindung über den Europahafen und die Weser nach Woltmershausen, die unter Umständen auch für ein ÖPNV-Angebot mit kleineren Fahrzeugen genutzt werden könnte, untersucht werden.

Die Deputation erwartet außerdem Initiativen für den Ausbau der Fährbeziehungen in die Überseestadt und ggf. die Einrichtung eines Wassertaxis.

Hinsichtlich der Schaffung einer S-Bahnstation an der Überseestadt bittet die Deputation um eine Untersuchung der möglichen Varianten, der Auswirkungen auf die Eisenbahnführung und die Stephanibrücke und die Darstellung der Rahmenbedingung und Kosten für eine Realisierung dieser Idee.

V. Walle entlasten und schützen

Die Beiräte in Walle haben die Sorge, dass sich die wachsende Verkehrsmenge auf Kosten des Stadtteils Schleichwege durch die Wohnstraßen sucht.

Deshalb spricht sich die Deputation dafür aus auf dem Waller Ring Gewichtsbeschränkung auf 3,5 Tonnen und Tempo Beschränkung auf 30 Km/h einzuführen. (Vorausgesetzt dies ist rechtlich möglich)

Das System der kleinen Wohnstraßen muss ebenfalls auf geeignete Weise geschützt werden. Ausweichverkehre in den Bereich von „Walle Central“ und in den Bereich des Osterfeuerberg sind wirksam zu unterbinden. Der Waller Beirat hat sich die verkehrliche Beruhigung dieser Ortsteile zum Ziel gesetzt. Dieses Ziel unterstützt die Deputation.

Dafür sollen die Verkehrsbehörden gemeinsam mit den Waller Beiräten einen geeigneten Maßnahmenplan erarbeiten und zeitnah umsetzen.

Robert Bücking, Ralph Saxe, Maike Schaefer, Jan Saffe

Jürgen Pohlmann, Heike Sprehe, Anja Schiemann, Rainer Haman